

Eisenacher Erklärung
zum Selbstverständnis der Partei

Ausgehend von der Erkenntnis,

I. dass die gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland ein Wertevakuum geschaffen haben, dessen negative Auswirkungen im Bildungsbereich, der Inneren Sicherheit, sowie im täglichen Umgang der Bürger miteinander offensichtlich geworden sind,

II. dass die Demokratie und Freiheit in Deutschland in Gefahr sind

- durch die Einengung der Meinungsfreiheit der Bürger, durch die Unkultur der Political Correctness, die die inhaltliche Auseinandersetzung bis hin zum Sprachgebrauch einzelner Wörter beeinflusst,
- Entscheidungen finden nicht mehr in den Parlamenten statt, da dort nur Fensterreden gehalten werden und der Fraktionszwang die Gewissensentscheidung des Abgeordneten regelmäßig ersetzt,
- durch die Macht der Medien, die in der Lage sind, konzertiert, deutschlandweit einseitige Berichterstattung im Rahmen der Political Correctness zu betreiben
- in den Parlamenten sich eine neue politische Klasse mit Eigeninteressen ohne wirkliche Bürgernähe etabliert hat,
- durch die Gefahr der vollständigen Abgabe des Rechtes an die EU selbst zu bestimmen, wie in Deutschland künftig zusammengelebt werden soll,
- durch die Weigerung der politischen Klasse, Volksabstimmungen zu Schicksalsfragen zuzulassen
- durch die Unfähigkeit und den Unwillen der politischen Kaste der Berufspolitiker aus ihren Fehlern der Vergangenheit zu lernen

III. dass das bisherige Menschenbild angesichts der Erfahrungen im Kriminalitätsbereich einer Erneuerung bedarf; die "Resozialisierung" zu Lasten der

Opfer und von falschen Voraussetzungen ausgeht

IV. dass unsere junge Partei nur mit einem eigenen, fortschrittlichen Profil auf Dauer eine Chance auf Fortbestehen hat,

- wenn sie die weltanschaulichen Konsequenzen aus den negativen gesellschaftlichen Entwicklungen zu ziehen in der Lage ist und diese den Bürgern Deutschlands als Weiterentwicklung verständlich präsentieren kann

erklären wir:

Zum Menschen

Das in der öffentlichen Meinung postulierte Menschenbild, wonach alle Menschen gleich seien, ist falsch. Wie der Fingerabdruck gleicht kein Mensch dem anderen. Was Menschen gleich sein lässt, ist einzig ihre Fähigkeit, gleiches Bewusstsein, Bildung, Kultur oder gleiche Rechte und gleiche Pflichten zu haben. Jeder Mensch besitzt eine unantastbare Würde. Es entspricht der Würde (des geistig gesunden) freien Menschen, Verantwortung für sein Handeln zu tragen. Eine Aberkennung dieser Verantwortung ist ein Verstoß gegen seine Menschenwürde. Kriminalität ist keine Krankheit. Kriminelle Handlungen durch den (geistig gesunden) Menschen sind von diesem deshalb immer zu verantworten. Die Konsequenz dieser Verantwortung heißt

- die Wiedergutmachung gegenüber dem Opfer durch den Täter,
- die Strafe durch die Gesellschaft gegenüber dem Täter. Dieses als Folge der Übernahme des (ungeschriebenen) Rechts des Opfers durch die Gesellschaft. Dieses bedeutet auch,
- das Opfer hat ein ethisches (ungeschriebenes) Recht auf den Vollzug der Bestrafung durch die Gesellschaft.

Eine Politik, eine Justiz, die diesem Recht aufgrund von Regeln nicht Genüge tut, setzt das Opfer regelmäßig und damit systematisch gegenüber dem Täter menschlich herab, indem sie das Opfer geringer wertet, als den

Täter. Gleiches gilt für den gesellschaftlichen Aufwand an Kosten und Personal oder menschlicher Hinwendung gegenüber dem Opfer, der in keinem Verhältnis zum Aufwand für den Täter steht. Da dieses regelmäßig und damit mit System geschieht,

- wird die Menschenwürde des Opfers systematisch verletzt.

Das ideologisch aufgeladene, täterfreundliche Strafrecht, die Bewährungsstrafenpraxis, die Resozialisierungspraxis, sind und waren deshalb schon vom Ansatz her menschenverachtend. Denn Opfer sind auch Menschen. Die ideologische Interpretation dessen, was Menschenwürde ist, hat die Fehlentwicklungen der Rechts-Normen mit irrationalen Ergebnissen zur Folge, die "Mehmetts" möglich machen.

Zu Staat und Gesellschaft

Freiheit, Demokratie

Freiheit und Demokratie (Volksherrschaft) sind untrennbar miteinander verbunden. Demokratie kann demnach nie gegen die Gesellschaft (Souverän) gerichtet sein. Die größtmögliche Beteiligung des Souveräns an der Macht ist das Ideal. Deshalb sind Volksbegehren und Volksentscheid als Korrektiv unersetzlich. Untrennbar verbunden mit Demokratie und Freiheit ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Eine Gesellschaft ist nur dann frei, wenn sie die Regeln des Zusammenlebens ihrer Menschen selbst bestimmt, ein Staatsgebiet besitzt und sich dort behaupten kann. Allen Versuchen der Auflösung des Rechts auf Selbstbestimmung für angeblich höherwertige Ziele ist eine Absage zu erteilen. Wir unterstützen ein Europa der Vaterländer. Einen demokratischen europäischen Einheits-Staat kann es nicht geben, da es kein europäisches Staatsvolk gibt. Auch das europäische Parlament ändert nichts an dieser Tatsache. Demokratie lebt von der Freiheit des Bürgers, frei denken und frei reden zu können. Denn nur wenn jemand frei reden kann, kann er seine Gedanken mitteilen und sich im freien Prozess der Meinungsbildung an demokratischen Problemlösungen beteiligen. Dieser Prozess ist in Deutschland gezielt gestört durch den Aufbau von Tabus und negativen Wertungen einzelner Begriffe, mit denen das Bewusstsein der Bürger beeinflusst werden soll. Dies gilt z.B. für die Begriffe "rechts", "Vaterland", "Ehre", "Volk" mit denen die Nationalsozialisten assoziiert werden sollen. Dabei ist "rechts" zu einem regelrechten Kampfbegriff geworden. Entlarvend ist, dass kein Sozialist auf die Idee käme, sich nicht mehr sozialistisch zu nennen, weil die Nationalsozialisten diesen Begriff ebenfalls

benutzt hatten. Wir lehnen die Bevormundung durch den Zwang, sich politisch korrekt auszudrücken ab, weil er in die elementaren Rechte des Menschen direkt eingreift und vom Wesen her zutiefst antidemokratisch ist. Als freie Bürger in einem freien Land lassen wir uns das Recht auf Meinungsfreiheit von niemanden beschneiden. Wir wollen demokratische Politiker mit Ehre hervorbringen, die sagen, was sie denken und zu ihrem Worte stehen und die verlorene Werte in der deutschen Gesellschaft benennen und vorleben. Demokratie hat als weitere Voraussetzung die Vielfalt der vertretenen politischen Meinungen einer Gesellschaft aufzunehmen und im demokratischen Prozess zur Wirkung zu bringen. Eine Ausgrenzung von verfassungsmäßigen Parteien ist deshalb unmittelbar gegen das demokratische Prinzip gerichtet und vom Wesen her diktatorisch. Auch dies ist in Deutschland Realität geworden als Form einer Tugenddiktatur derer, die sich moralisch über die demokratischen Prozesse stellen und Ausgrenzungen oder Wortgebrauch und -wertungen bestimmen. Auch diesen undemokratischen Kräften gilt unser politischer Kampf.

Nationalbewusstsein

Der Mensch ist von Natur aus ein Gemeinschaftswesen. Gesellschaften von Menschen ob Völker oder Zweckgemeinschaften eint das Bewusstsein ihrer jeweiligen Mitglieder. Das Bewusstsein, zu einer Gesellschaft zu gehören, ist also die Grundvoraussetzung zur Existenz einer Gesellschaft. Das Bewusstsein, zur deutschen Gesellschaft zu gehören, setzt nicht eine bestimmte Ethnie oder Herkunft des Einzelnen voraus, wohl aber die deutsche Sprache, die Identifikation mit der deutschen Kultur und Gesellschaft selbst.

Die Nation hat sich nicht überlebt und ist auf absehbare Zeit durch die EU nicht ersetzbar. Die Nation ist ein Gemeinwesen als Werte- und Schicksalsgemeinschaft. Die deutsche Gesellschaft und ihre Kultur ist erhaltenswert. Sie existiert nur durch ihr kollektives Bewusstsein als solches. Deshalb ist auch ein normal ausgeprägtes Nationalbewusstsein der Deutschen legitim und im Staatsinteresse. Es entspricht dem natürlichen Bedürfnis des Menschen, als Teil der Gesellschaft zu seiner Identifikation Rituale und Symbole zu benutzen. Sie haben Bezug zum Unterbewussten, sind Teil seiner Kultur und damit Teil seiner Identität.

Kultur

Kultur reduziert sich nicht auf Äußerlichkeiten, Kultur ist Sinnstiftung und Werteorientierung. Unter deutscher Kultur sind die vor der Geschichte bestehenden positiven Werte aller

deutschen Kulturschaffenden - wie Künstler, Philosophen und Wissenschaftler -, die auch nachhaltig die abendländische Kultur geprägt haben, zu verstehen.

Überfremdung

Überfremdung ist keine faschistische Erfindung sondern eine mögliche Tatsache in allen Gesellschaften der Welt. Die Angst vor Überfremdung ist menschlich und legitim. Eine Politik, die dieses außer Acht lässt, wendet sich zwangsläufig gegen ihre Gesellschaft.

Multikultur

Multikulturalismus ist eine Gesinnung und keine Realität. Dahinter steckt der Glaube, dass kulturelle Gemeinschaften nebeneinander existieren und ihre Werte behalten können, ohne dass dabei Konflikte entstehen. Multikulturalismus ist Kulturrelativismus, das heißt Werteunverbindlichkeit. Das ist das Ende eines jeden Gemeinwesens. Kulturrelativismus ist das Gegenprogramm zur Demokratie. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für den inneren Frieden ist der Wertekonsens in der Gesellschaft. Hierzu bedarf es der Benennung der Werte und der staatlichen Umsetzung in der Bildung und Sozialpolitik und Förderung im Rahmen der öffentlichen Möglichkeiten.

Familie

Die Familie ist als gesellschaftliche Keimzelle (Kinder) und Werte-Vermittler (Erziehung und Vorleben) lebenswichtig. Ein Staat, der weiterexistieren will, muss eine aktive Familienpolitik betreiben. Dies bedeutet, den gesellschaftlichen Wert der Geburt als vorrangigen Wert zu behandeln. Die Gleichsetzung von anderen Lebensgemeinschaften, die keine Kinder zeugen können, ist deshalb gegen die Gesellschaft gerichtet.

Wirtschaft, Globalisierung

Die Marktwirtschaft erkennen wir als ein sich in ständiger Weiterentwicklung befindliches System, dessen Dynamik durch neue Technologien wie dem Internet eine zunehmende Dramatik entwickelt. Erfolgreiche Marktwirtschaft war und ist immer geregelt. Die Regeln sind immer ein Reflex des Staates auf die Entwicklung der Marktwirtschaft und der dieser Entwicklung innenwohnenden Logik.

Deutschland hat über 20 Jahre in sesshafter Form zugebracht, im globalen Wettbewerb verloren und ist weit entfernt, Globalisierungsgewinner zu sein. Deutschland hat durchweg sozialdemokratisierte Parteien, die ein Kartell

der Zufriedenheit und der Besitzstandswahrung ermöglicht haben, das Lösungen verhindert. Der künstliche Graben zwischen Gesellschaft und Wirtschaft, der von der Politik gebraucht wird, um angebliche Lösungen gegen die Arbeitslosigkeit anzubieten, ist inakzeptabel: Wirtschaft ist Teil der Gesellschaft, ob als Unternehmer, Konsument, Mitarbeiter oder Arbeitsloser. Dieses neue Bewusstsein ist zielführend im Rahmen der globalen Herausforderung, die wir nicht umgehen können.

Seit über 30 Jahren werden jedes Jahr in Deutschland Schulden aufgenommen. Die „Soziale Gerechtigkeit“ wie sie heute praktiziert wird, ist in Wirklichkeit eine Bereicherung auf Kosten unserer Kinder und der nächsten Generationen. Als Triebkraft für die notwendigen Reformen muss dieses bewusst gemacht werden. Deshalb ist gesetzlich festzulegen, dass

- jährlich ein ausgeglichener Staats-Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen ist,

damit keine Bereicherung zu Lasten unserer Kinder mehr möglich ist.

Wir erkennen, dass die Einsicht Ludwig Erhards: „Zu sozial ist unsozial“ wahr geworden ist. Die Sozial-Quote liegt heute bei 34 %, damals bei 26 %, die Staatsquote heute bei fast 50% gegenüber damals 35 %. Heute haben Staaten mit geringer Staatsquote durchweg weniger Arbeitslose als Deutschland. Die Korrelation zwischen kleiner Staatsquote und geringer Arbeitslosigkeit ist offenkundig.

Die Marktwirtschaft ist realisierte Freiheit, aber sie verlangt auch den Mut zur Freiheit, und den Mut ein Stück auf Gleichheit zu verzichten. Die Möglichkeit des Konsums, gibt tägliche Sicherheit und ist von daher ein Wert an sich.

Die Gesellschaften selbst befinden sich zunehmend im globalen Wettbewerb. In diesem Wettbewerb ist Deutschland bereits Mittelmaß geworden. Deutschland wird in diesem Wettbewerb weiter verlieren, wenn nicht grundlegend umgesteuert wird:

- Die Erkenntnis, dass Menschen nicht gleich sind, muss nach dem Prinzip des Wettbewerbs umgesetzt werden.
- Die Förderung des Einzelnen muss sich nach seinen Fähigkeiten richten.
- Die Orientierung im Bildungs- und Ausbildungsbereich hat sich nicht mehr nach dem Niveau des Schwächsten oder Langsamsten zu richten.
- Der Einzelne ist nach seinen Fähigkeiten auch zu fordern.

Die Marktwirtschaft schafft soziale Folgeschäden, die sie nicht selbst lösen kann. Deshalb muss die Politik hier regulieren, um in Krisen

wie heute deregulieren und bewegen zu können. Unabhängig hiervon hat Deutschland auch im Vergleich zum europäischen Ausland zu viele Regularien. Die Deregulierung auf allen Ebenen,

- die Abschaffung öffentlicher Subventionen mit Ausnahme des Bildungsbereiches und der Forschung sind zielführend.
- Der Abbau von öffentlicher Verwaltung durch die Streichung sinnloser Strukturen. Hierzu gehört auch die Zusammenlegung von Bundesländern zu vernünftigen Größen.
- Die Herauslösung von elementaren lebenswichtigen Zuständigkeiten aus dem provinziellen Denken der Bundesländer
 - der Bereiche der Schul- und Bildungspolitik
 - der Kapitalmarktpolitiksind Voraussetzung zur Reform.

Die Deregulierung versagt, weil die demokratischen Prinzipien der politischen Pluralität und der Gewissensfreiheit der Abgeordneten kaum mehr vorhanden sind, öffentliche Lösungsprozesse in den Parlamenten nicht mehr stattfinden und Lobby-Interessen wirken.

Die herkömmlichen Rezepte wie Wirtschaftsprogramme versagen angesichts der neuen dynamischen Entwicklungen im Zeichen der Globalisierung. Neben der Deregulierung und dem Subventionsabbau, dem Verwaltungsabbau und einem Neuzuschnitt der Bundesrepublik durch Zusammenlegung von Bundesländern, einer neuen Schul- und Bildungspolitik mit Eliten- und Forschungsförderung setzen wir auf eine

- neue Form der Wirtschaftspolitik, die oszillierend auf die jeweilige wirtschaftliche Situation kurzfristig Prozesse anstößt, anstatt Programme vorzulegen, die teuer sind und nichts bewegen können.

Gemeinwohl

Unsere Politik richtet sich nach dem Gemeinwohl. Was Gemeinwohl ist, bestimmen die Volksvertreter und die Volksabstimmung als Korrektiv, nicht Minderheiten, Religionen oder sonstige Organisationen. Die Annahme, dass das Wohl von Unternehmen automatisch mit dem Gemeinwohl gleichzusetzen ist, ist falsch.

Wir bitten die Bundesprogrammkommission umgehend ihre Arbeit aufzunehmen.